

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Werner Bohlen-Janßen
Ausschussmitglied Brigitte Klee
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir
Ausschussmitglied Petra Kolbe
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe Grüne/WBV

Ausschussmitglied Rainer Büscher
Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Mitglied Gruppe UWG Wilhelmshaven/Ober-Bloibaum

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Vorsitzender des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Peter Berger

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
beratendes Mitglied Joachim Stasch

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

von der Verwaltung

Abteilungsleitung 50-3 Catharina Raabe

Protokollführer

Protokollführer Michael Dölling

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.02.2015
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Vorstellung und Besichtigung des Kinder- und Jugendhospizes "Joshuas Engelreich"
- 4.2 Sachstand zur Einrichtung eines Senioren- und Pflegestützpunktes in Wilhelmshaven
- 4.3 Sachstand Defibrillatoren-Stadtplan (Bericht durch das Gesundheitsamt)

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung machte Herr Stoffers den Vorschlag, den TOP „ Situation der Asylbewerber in der Stadt Wilhelmshaven“ im öffentlichen Teil zu behandeln.

Dies sei rechtlich möglich, da kein Beschluss gefasst werden solle. Im Ausschuss gab es gegen diese Vorgehensweise keine Einwände.

Die weitere Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des

Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.02.2015

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.02.2015 wird genehmigt.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Vorstellung und Besichtigung des Kinder- und Jugendhospizes "Joshuas Engelreich"

Frau Müller, Leiterin der Einrichtung, stellte das Kinder- und Jugendhospiz „Joshuas Engelreich“ vor.

Entgegen der ursprünglichen Erwartung gäbe es bereits jetzt schon eine Nachrückerliste, die Einrichtung sei also derzeit sehr gut ausgelastet. Die Hälfte der Kinder kämen mit ihren Familien in einer Krisensituation.

Der Pflegeschlüssel läge bei 1:1., derzeit seien 22 Mitarbeiter in der Pflege tätig. Bisher sei ein Kind in der Einrichtung verstorben.

Lt. Frau Müller seien das größte Problem für die Eltern die Behördengänge.

Im Anschluss an den Vortrag besichtigte der Ausschuss die Einrichtung.

4.2 Sachstand zur Einrichtung eines Senioren- und Pflegestützpunktes in Wilhelmshaven

Herr Sieberns stellte die Eckdaten zur Einrichtung eines Senioren- und Pflegestützpunktes dar (s. Anlage).

Der Finanzbedarf für die Einrichtung beider Stützpunkte läge bei jährlich 110.000,- €, der städtische jährliche Anteil der Stadt betrage 40.000,- €.

Der restliche Finanzbedarf würde von den Pflegekassen mit 30.000,- € übernommen, der Anteil des Landes läge bei 40.000,- €.

Sollten beide Stützpunkte in einer Kommune eingerichtet werden, so müsse eine Kooperationsvereinbarung zwischen beiden Institutionen abgeschlossen werden und sie sollten nach Möglichkeit räumlich miteinander verbunden sein.

Auf Nachfrage von Herrn Möhle teilte Herr Stoffers mit, dass die Kirchengemeinde Bant Interesse an der Einrichtung der Stützpunkte habe, da dort ja auch schon das Mehrgenerationenhaus verortet sei.

Damit würde die Stadt auch der Vorgabe des Landes nachkommen, dass die Stützpunkte bei schon vorhandenen Beratungseinrichtungen angesiedelt werden sollten.

Des Weiteren teilte Herr Stoffers mit, dass die Prüfung einer eventuellen Ausschreibungspflicht ergeben habe, dass die Vergabe an die Kirchengemeinde Bant ohne Ausschreibung geschehen könne.

Derzeit prüfe die Verwaltung, ob die Übernahme von 40.000,- € für eine freiwillige Aufgabe haushaltsrechtlich möglich sei. Dazu müsse mit der Kommunalaufsicht Kontakt aufgenommen werden.

Sollte sich die Verwaltung entschließen, die Stützpunkte einzurichten, würde zu den nächsten Haushaltsberatungen eine entsprechende Vorlage erstellt werden.

Auf Nachfrage von Frau Bakir erklärte Herr Stoffers, dass er eine Unterbringung der Stützpunkte am Krankenhaus nicht für zielführend halte, da es beim Pflegestützpunkt nicht um die Vermittlung von Kurzzeitpflegemöglichkeiten gehe, sondern eher um Beratung von Pflegebedürftigen und Angehörigen über mögliche dauerhafte Sozialleistungen.

Die Frage von Herrn Möhle, wie lange es Förderungsmöglichkeiten gäbe, beantworteten Herr Stoffers und Herr Sieberns dahingehend, dass eine Förderung nach Vorlage entsprechender Nachweise von Jahr zu Jahr vorgesehen sei. Die Förderung des Landes sei bis zum 31.12.2018 festgeschrieben; für den Zeitraum danach sei vom Land keine verlässliche Aussage zu bekommen.

Herr Sieberns gab noch die Information, dass die meisten Kommunen in Niedersachsen Seniorenpflegestützpunkte eingerichtet haben.

Auf Antrag von Herrn Walpurgis stimmte der Ausschuss einstimmig zu, dass Frau Müller, eine sachkundige Bürgerin und seit ca. 20 Jahren Pflegeberaterin bei der AOK, *das Wort erteilt wurde und sie* * einen eindringlichen Appell an den Ausschuss richtete, im Bereich Pflege ein niedrigschwelliges Angebot durch den Pflegestützpunkt zu schaffen und diesen wegen der Nähe zur Grundsicherung im Rathaus anzusiedeln.

Herr Stoffers verwies in diesem Zusammenhang auf die Raumsituation im Rathaus und schilderte die bereits jetzt schon vorhandenen Probleme, städtische Dienststellen, beispielsweise bedingt durch die Ausweitung des mit Asylbewerbern befassten Personals, vernünftig unterzubringen.

*Änderung gem. Protokoll vom 24.09.2015

4.3 Sachstand Defibrillatoren-Stadtplan (Bericht durch das Gesundheitsamt)

Herr Dr. Rübsamen erklärte zu Beginn seines Vortrages (s. Anlage), dass bei einem akuten Notfall die Herz-Lungen-Wiederbelebung das Wichtigste sei. Dabei stehe heutzutage die Herzdruckmassage im Vordergrund.

Erst wenn mehrere Personen vor Ort seien, sei an einen Einsatz eines möglicherweise vorhandenen Defibrillatoren zu denken.

Im Rahmen der Telefon-Reanimation könne bei Bedarf der Standort des nächsten Defibrillator benannt werden.

Zurzeit seien dem Gesundheitsamt 45 AED Standorte bekannt; diesbezüglich fände ein regelmäßiger Austausch zwischen der Feuerwehr und dem Gesundheitsamt statt.

Auf der Internetseite www.definetz.de und der App „Defikataster“ seien derzeit 35 Standorte hinterlegt.

Herr Walpurgis plädierte für einen Defibrillatorenstandort im Freibad Nord.

Herr Dr. Mindner, leitender Notarzt, referierte ebenfalls zu diesem Thema.

Seiner Ansicht nach seien 45 Geräte bei guter Verteilung für das Stadtgebiet Wilhelmshaven ausreichend.

Er wies ebenfalls auf die Wichtigkeit der Herz-Lungen-Wiederbelebung hin, da bei der derzeitigen Rettungswagendichte – entsprechend der Landesvorgabe – bis zum Eintreffen eines Rettungswagens 15 Minuten – in Einzelfällen auch längere Zeitspannen – verstreichen könnten.

Für ihn seien Orte, an denen sich ältere Menschen sportlich betätigen wie Tennishallen oder sonstige Seniorensportstätten, ideale Standorte für Defibrillatoren.

Zur Bedienung eines Defibrillators erklärte Herr Dr. Mindner, dass mit Einschalten des Geräts, Handlungsanweisungen im Sinne einer Bedienungsanleitung über den eingebauten Lautsprecher ausgegeben werden. Im Übrigen seien die Geräte selbstwartend.

Zu Beginn seines Vortrages teilte Herr Stoffers dem Ausschuss mit, dass er am Vormittag mit Herrn Feist zum Thema „Asylbewerber“ ein Pressegespräch gehabt habe. Da die Ausschussmitglieder den Sachstand zu diesem Thema nicht der Presse entnehmen sollen, wolle er an dieser Stelle zum Thema „Asylbewerber“ die Zahlen und die Auswirkungen und den weiteren Handlungsbedarfs beschreiben.

Der Vortrag werde allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Herr Feist werde diesen Vortrag auch im Jugendhilfeausschuss halten.

Herr Stoffers erklärte, dass die letzte Prognose vom Nds. MI auf Grundlage einer bundesweiten Gesamtzahl von 450.000 Asylbewerbern für Wilhelmshaven eine aufzunehmende Zahl von 600 Personen bedeute, wobei die Folgeantragsteller noch nicht einmal berücksichtigt seien und diese Zahl auch nicht verlässlich eingeschätzt werden könne.

In diesem Jahr seien die Asylbewerber zu 80 % aus den Westbalkanstaaten gekommen.

Zur Unterbringungssituation der Asylbewerber erklärte Herr Stoffers, dass die Stadt zunächst bestrebt sei, die Flüchtlinge zentral im Flüchtlingsheim der Diakonie unterzubringen. Nach einer gewissen Eingewöhnungszeit würden die Asylbewerber dann dezentral in Wohnungen untergebracht. Da die Zahl der Plätze im Wohnheim nicht mehr ausreichen, gäbe es darüber hinaus die Möglichkeit, mit Unterstützung der Migrationsberatung die Asylbewerber gleich in Wohnungen unterzubringen.

Bezüglich der Verfahrensdauer eines Asylantrages, zuständig dafür ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, gab Herr Stoffers den Hinweis, dass über 20 % der Verfahren länger als zwei Jahre dauern. An ein erfolgloses Asylverfahren schließe sich dann das ausländerrechtliche Aufenthaltsverfahren an, so dass die tatsächliche Verweildauer wesentlich höher liegen könne.

Abschiebungen fänden so gut wie gar nicht statt, die Ausländerbehörde der Stadt setze vielmehr auf die freiwillige Ausreise. Darüber hinaus könne es auch rechtlich und tatsächlich nicht unproblematisch sein, auch nach erfolglosem Abschluss des Asylverfahrens die entsprechenden Personen abzuschieben.

Herr Stoffers verdeutlichte, dass die hohe Zahl von Asylbewerbern auch Einfluss auf die Schulentwicklungsplanung haben werde. Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch die Sprachförderung; im Bereich der Grundschulen gäbe es jedoch nur ein bis zwei Sprachförderklassen.

Herr Stoffers stellte weiterhin dar, dass es durch den starken Anstieg der Asylbewerberzahlen natürlich einen größeren Sachmittel- und Personalbedarf bei den städtischen Dienststellen gäbe.

Zur Klärung der Frage, ob die vom Land derzeit gezahlte Pauschale von 6.195,- € pro Asylbewerber auskömmlich sei, stellte Herr Stoffers umfangreiches Zahlenmaterial und Beispielbedarfsberechnungen vor und kam zu dem Schluss, dass nach vorsichtiger Berechnungsweise die Pauschale je nach Familien- und Lebenssituation der Asylbewerber zwischen 9.500,- und 11.000,- € liegen müsse, obwohl bestimmte Kostenarten beispielsweise wie Integrationslotsen oder Sprachförderung nicht einmal berücksichtigt worden seien.

Ein weiteres Problem sei, dass bei der Berechnung der zu zahlenden Pauschale des Landes die Personenzahl des Vor-Vorjahres zu Grunde gelegt werden würde; es fände somit eine Art Vorfinanzierung durch die Stadt Wilhelmshaven statt.

Bei der Annahme, dass die Stadt Wilhelmshaven in 2015 ca. 500 Personen aufnehmen müsse und der Bedarf bei 10.000,-€ pro Person läge, würde sich damit für 2015 eine Differenz von ca. 3.100.000,- € zu Lasten der Stadt ergeben.

Zum Abschluss seines Vortrages gab Herr Stoffers noch einen Überblick über die weiteren Herausforderungen wie Ausstattung der Familienzentren, Schulsozialarbeit und Schulsekretariate, oder die Entwicklung der Wohnungsl Logistik, Arbeitsmarktintegration etc.

Herr Möhle zeigte sich schockiert über die negativen finanziellen Auswirkungen für die Stadt Wilhelmshaven und insbesondere über die Vorgehensweise des Landes, Gelder für die Kommunen, die schon vom Bund an das Land geflossen sind, zurückzuhalten.

Herr Möhle richtete einen Appell an den Ausschussvorsitzenden, mit anderen Sozialausschussvorsitzenden in Niedersachsen Kontakt aufzunehmen, um beim Land diesbezüglich ein Umdenken einzufordern.

Er wies außerdem noch darauf hin, dass beispielsweise die Aufstockung der Schulsozialarbeit eine freiwillige Leistung sei und es dann wieder Probleme mit der Kommunalaufsicht geben könne.

Eine Neukonzeption der Schulentwicklungsplanung halte auch er für wahrscheinlich.

Herr Reese sagte zu, mit Herrn Ansmann, Vorsitzender des Sozialausschusses des Landes, Kontakt aufzunehmen.

Frau Meyer-Machtemes erklärte, dass auch das Diakonische Werk durch freiwillige personelle Aufstockung zur Bewältigung der Aufgaben im Bereich der Asylbewerber beitrage.

Herr Stoffers teilte abschließend mit, dass nach seinen Informationen der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber ausgesprochen schwierig sei.